

(Abgeordneter Gastan.)

(A) gelegt worden sind. Andere Beispiele aus dem Gebiete des Handels haben wir, wo eben so schematisch ohne Nutzen für die Gesamtheit das kleine und mittlere Gewerbe zurückgedrängt und zum Teil sogar gelötet worden ist, z. B. die Ausschaltung des kleineren Viehhandels. Was war der wirtschaftliche Nutzen, daß man diese eigenartige Kriegsorganisation des Viehhandelsverbands schuf? Daß jetzt ein Preisaufschlag vom Erzeuger bis zum Verbraucher von 200 Prozent und mehr erfolgt; gegenüber den Friedensverhältnissen — gegenüber dem normalen Handelspreisaufschlag eine geradezu fabelhafte Verteuerung der Verbrauchsgüter durch die bürokratische Organisation.

(Abg. Günther [Plauen]: Das sind die Folgen der Ausschaltung des Handels!)

Ich sage ja, eben auf diesem Gebiete hat die Bürokratie durch ihre Eingriffe, die nach keiner Seite gerechtfertigt waren, bewirkt, daß nicht nur bestimmte Schichten ausgeschaltet worden sind, sondern vor allen Dingen die Gesamtheit die Kosten infolge von ungeheurer Verteuerung der Lebensbedürfnisse tragen mußte. Aber das besagt natürlich nicht, daß nun etwa auf allen Gebieten der freie Handel seine Rechtfertigung in der Kriegszeit gehabt hätte. Das würde natürlich ein wahnwitziges

(B) Steigen der Preise auf allen Gebieten bewirkt haben. Aber gerade dort, wo vielleicht eine mehr schematische Regelung notwendig gewesen wäre, hat diese Kriegswirtschaftsgesetzgebung oft versagt. Ich weise auf das Gebiet der Obst- und Frischgemüsebelieferung der Großstädte durch den Kleinhandel hin; da hat sehr oft die Rationierung vollständig versagt, da wurde dem Belieben, der Willkür der Interessenten, der Großhändler u. dergl. Tür und Tor geöffnet. Ich entsinne mich, daß ich diesen Gegenstand vor ein paar Jahren hier zur Sprache gebracht habe, da wurden Bedenken laut, daß die und die Produkte die Rationierung nicht vertrügen. Das beruhte vollständig auf Unkenntnis der Dinge, es beruhte darauf, daß man sich eine behördliche Regelung nicht anders denken konnte als durch eine in ehernen Bahnen festgehaltene Schematisierung, daß eben die Bürokratie nicht in der Lage war, sich den Veränderungen der Marktlage anzupassen. Erst nach und nach, nachdem tausende von Werten vergeudet worden waren, nachdem die Konsumenten in Form von übermäßigen Preisaufschlägen die Kosten dieser verfehlten Regelung getragen hatten, kam man dahinter, daß es eine andere Lösung der Dinge gab. Ähnliche Erscheinungen haben wir gehabt auf dem Gebiete der Preisfestsetzung für Braunkohlenbriketts. Auch da ist mir in Erinnerung, daß die Werke eines Tages

einen Lieferungsauflschlag vornahmen. Es wurde zwar verboten, von der damaligen königlich sächsischen Staatsregierung, daß dieser Preisaufschlag hier in Sachsen genommen werden durfte. Aber irgendein Kontrollorgan, eine Maßnahme, daß dieses Verbot auch wirksam wurde, wurde nicht geschaffen. Das Endergebnis war, daß einfach den Händlern gesagt wurde: entweder ihr bezahlt trotz des behördlichen Verbots die Preisaufschläge oder ihr bekommt keine Kohle; und damit hat sich eben auch die Regierung abgefunden. Ich will weiter darauf hinweisen, daß gerade die Inhaber von kleinen gewerblichen Betrieben durch die Kriegslast besonders hart, viel härter getroffen worden sind, als selbst große Massen von Arbeitern bestimmter Gewerbe, die infolge der Bedeutung ihres Gewerbes für die Kriegswirtschaft reklamiert wurden und so einen größeren Teil der Kriegszeit in ihrer Arbeitsstätte verbringen konnten, während auf der anderen Seite für die Inhaber von kleineren Betrieben eine solche Möglichkeit gar nicht gegeben war und sie von Anfang bis zu Ende die ganze Last des Krieges auskosten mußten.

Aber wenn wir nun hier eine ganze Reihe von Vorschlägen gehört haben und wenn das vielleicht den Glauben erwecken könnte nach außen, daß gerade von jener Seite uns die berufensten Hüter der Interessen der kleinen und mittleren selbständigen gewerblichen Betriebsinhaber kämen, so darf doch nicht verabsäumt werden, auch an die gesetzgeberische Vergangenheit gerade jener Herrschaften zu erinnern, die, wenn es sich darum handelte, die Zuteilung politischer Rechte zu regeln, wenn allgemeine Finanz- und Steuerfragen zu lösen waren durch Verteuerung des Verkehrs, der Rohstoffe, der Waren, die vorzugsweise für den Kleinbetrieb in Frage kommen, nichts anderes getrieben haben als Mittelstandsmord. Ich darf nur ein Wort aussprechen, Steuerreform 1909, um zu zeigen, wie für die gerade heute wieder in den Kreis des Bedauerns gerückten Schichten, z. B. das Gastwirtsgewerbe, Kleinhandel, Tabak- und Zigarrenbranche, durch eine Sondergesetzgebung derjenigen politischen Parteien, die sich als die berufenen Hüter des Mittelstandes aufspielten, geradezu die Existenzmöglichkeit gefährdet wurde.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, es genügt, wenn ich auch nur das Wort ausspreche, ich habe wohl nicht notwendig, an Beispielen nachzuweisen, daß die Verteuerung und Versteuerung der verschiedenartigen gerade für das kleine Gewerbe in Frage kommenden Nahrungsmittel, Rohstoffe, Gebrauchsgüter diese unselige Wirkung ausübten. Also da hätten